

Solange Gespräche sinnvoll, wird verhandelt

Trotz der einstimmig gefassten Vorratsbeschlüsse für mögliche Kampfmaßnahmen setzten die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) und die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (Gdg-KMsFB) vorerst auf Verhandlungen.

Das haben GÖD-Vorsitzender Fritz Neugebauer und GdG-Vorsitzender Christian Meidlinger in einer gemeinsamen Pressekonferenz nach den Sitzungen ihrer Gremien am Dienstagnachmittag klargemacht.

Solange "Licht am Horizont" zu sehen sei und Gespräche sinnvoll erscheinen, "wird verhandelt bis weißer Rauch aufsteigt", sagte Neugebauer.

Ein neuer Verhandlungstermin könnte noch heute vereinbart werden. Neugebauer teilte mit, dass die Bundesregierung im Vorfeld der heutigen Gremiensitzungen für heute Abend einen telefonischen Kontakt angekündigt habe, um einen neuen Termin zu fixieren.

Um ein Wirksamwerden der Gehaltserhöhung mit 1. Jänner zu ermöglichen, sei der 5. Dezember "ein gewisser Stichtag", meinte Meidlinger. Dann könnte noch am 6. oder 7. Dezember ein Parlamentsbeschluss erfolgen. Wenn die Qualität stimmt, könnte aber auch noch länger verhandelt werden, schränkte der GdG-Vorsitzende ein.

Andererseits verwies Neugebauer darauf, dass auch schon vorher Kampfmaßnahmen ergriffen werden könnten, wenn sich die Gespräche als nicht mehr zielführend erweisen sollten.

Während in der GÖD noch keine konkrete Pläne dafür bestehen, verwies Meidlinger darauf, dass die Gemeindebediensteten bereits am 5. Dezember in Linz eine Großdemonstration planen, zu der sie etwa 2.000 Teilnehmer erwarten. Grund dafür ist der Beschluss der oberösterreichischen Landesregierung, dass die Landes- und Gemeindebediensteten einen Prozentpunkt weniger als die Bundesbediensteten bekommen sollen.